



Esther Dilcher, MdB

Wahlkreis Waldeck

Der Newsletter

Liebe Leserinnen und Leser,

In meinen „Newsletter“ versuche ich einen kurzen Überblick über meine Arbeit im Wahlkreis sowie in Berlin zu geben. Falls vertiefende Fragen zu bestimmten Themen, meiner Arbeit oder sonstige Anregungen aufkommen, freue ich mich über jede Rückmeldung.

Eure

Esther Dilcher, MdB

Aus der Hauptstadt:

- Wald weltweit: Von Deutschland bis Australien
- Schneller, besser, Windrad: Das Verwaltungsrecht wird reformiert
- Wahlgesetz nimmt weitere Etappe
- Aufsicht für Rechtsdienstleistungen zentralisiert

Aus dem Wahlkreis:

- Eine Hessin für Hessen
- Baumpflanzung in Lichtenfels

Bilder der Woche

„Es ist ein wichtiger Schritt für unseren deutschen Wald, dass wir das Programm zur Honorierung des Ökosystems Wald verlängern. Aber Wald gibt es eben nicht nur in Hessen, Bayern und Brandenburg. Es ist ebenso wichtig und förderlich, wenn wir uns in Fragen der Agrar- und Forstwirtschaft international austauschen, sehen was andere Länder machen und gemeinsam Innovationen nutzen“, so Esther Dilcher (SPD).



Wald weltweit: Von Deutschland bis Australien

Im Haushaltsausschuss gab es einen weiteren Lichtblick für unseren Wald. Mit der Entsperrung der Fördermittel für die Honorierung des Ökosystems Wald für 2022 in Höhe von 200 Millionen Euro werden die Weichen für eine zukunftsfähige Waldbewirtschaftung gestellt. Insgesamt wurden 900 Millionen Euro für einen Zeitraum über vier Jahre bewilligt. Eine gute Nachricht für den deutschen Wald. Gleichfalls ergaben sich in dieser Sitzungswoche spannende Eindrücke über den neuseeländischen und australischen Wald. Die Abgeordneten trafen den australischen Botschafter Philip Green sowie den neuseeländischen Botschafter Craig John Hawke in Berlin zum Austausch. Gemeinsam wurden Strategien und Projektideen diskutiert sowie die individuellen nationalen Herausforderungen beim Waldschutz erörtert. Denn eins ist sicher: Der Wald ist nicht das Problem beim Klimawandel, sondern die Lösung.

Schneller, besser, Windrad: Das Verwaltungsrecht wird reformiert. Bisher dauert die Errichtung einer Windkraftanlage in Deutschland etwa fünf Jahre. Schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren sind die zentrale Voraussetzung, um beispielsweise einen effektiven und nachhaltigen Ausbau der deutschen Energiewirtschaft zu gewährleisten.



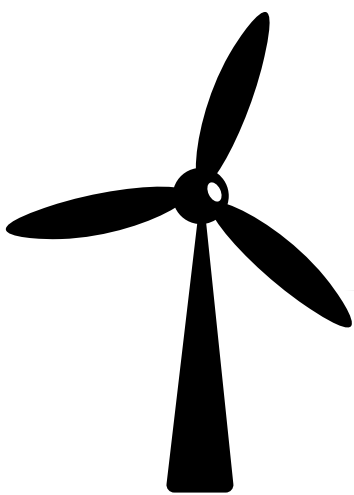
Meine ganze Rede finden Sie hier:

 [Meine Rede vor dem deutschen Bundestag](#)



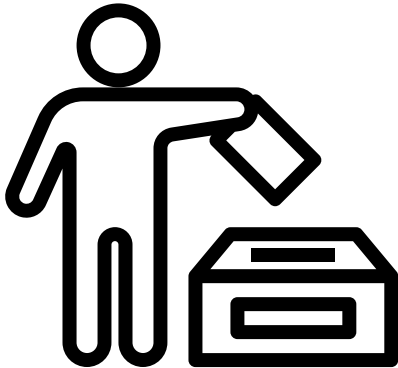
Die Transformation der Wirtschaft, neue Unternehmensansiedelungen, zukunftsfähige Jobs und moderne Infrastruktur können nur gelingen, wenn nicht jedem Bauvorhaben rechtliche Steine im Weg liegen. Die SPD-Bundestagsfraktion und die Abgeordneten haben deshalb schnellere Verfahren und die Modernisierung der deutschen Infrastruktur zu einem Schwerpunkt der eigenen politischen Arbeit erklärt. Erste Erfolge zeichnen sich jetzt mit der Verabschiedung des Gesetzes zu „Verwaltungsgerichtsverfahren im Infrastrukturbereich“ ab.

„Gemeinsam können wir es schaffen, unsere Infrastruktur nicht nur für die jetzigen Anforderungen umzustrukturieren, sondern langfristig zukunftsorientiert zu gestalten“, so die Abgeordnete Esther Dilcher (SPD). „Beim öffentlichen Bauen, beim Klimaschutz, bei der Krankenhausstrukturreform, bei der Verbesserung der Bedingungen der Pflege (...) müssen und wollen wir schneller werden. Heute gehen wir einen Schritt!“, so die Abgeordnete in ihrer Rede im Bundestag.

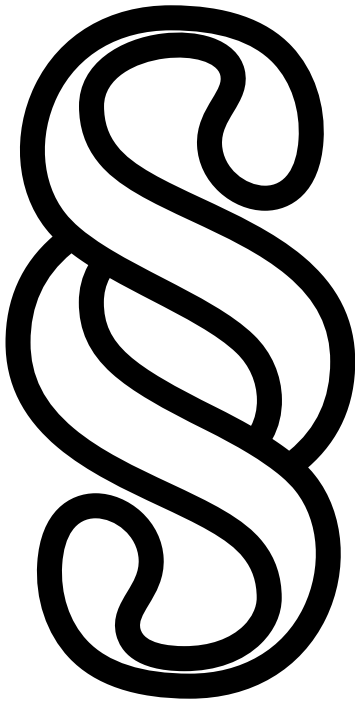


Wahlgesetz nimmt weitere Etappe

Am Montag dem 6. Februar hat der Innenausschuss verschiedene Expertinnen und Experten eingeladen, den Wahlgesetzentwurf der Ampelkoalition rechtlich und politisch zu diskutieren. Die überwiegende Mehrheit der Sachverständigen hält den Entwurf für gelungen und verfassungskonform. An einzelnen Stellen will die Ampelkoalition den Entwurf verbessern. Danach sind die Tore für die zweite und Dritte Lesung im Plenum geöffnet. Das Ziel den Bundestag dauerhaft auf seine gesetzliche Regelgröße von 598 Sitzen zu beschränken, rückt näher!



© Deutscher Bundestag / Tobias Koch



Aufsicht für Rechtsdienstleistungen zentralisiert

Inkassodienstleister, die keine Rechtsanwälte sind, müssen sich nach Eignungstest und Zuverlässigkeitsüberprüfung registrieren lassen. Die Aufsicht wurde bisher von den Ländern ausgeübt, was zu sehr unterschiedlichen Entscheidungen geführt hat. Zukünftig wird es nur noch eine Stelle geben, bei der diese Verfahren angesiedelt werden und von der die Aufsicht durchgeführt wird. Selbst der Bundesverband der Inkasso-Unternehmen e.V. begrüßt diese Zentralisierung, um „schwarze Schafe“ sicher zu identifizieren. Esther Dilcher begrüßt dieses Vorhaben auch, weil der digitalisierte Zugang und die Bearbeitung wesentlich einfacher und schneller bei nur einer Behörde – beim Bundesamt für Justiz – umgesetzt werden können.

Meine ganze Rede finden Sie hier:



Meine Rede vor dem deutschen Bundestag



Eine Hessin für Hessen

Nun ist es klar. Nancy Faeser tritt bei der Landtagswahl als Kandidatin für das Amt der hessischen Ministerpräsidentin an. Eine erfahrene Landes- und Bundesministerin könnte somit bald an der Spitze einer sozialdemokratischen Landesregierung stehen. Insbesondere die von Seiten der CDU geübte Kritik, eine Bundesministerin könne nicht zugleich Spitzenkandidatin für das Amt einer Ministerpräsidentin sein, ist scheinheilig. Es ist durchaus üblich aus Spitzenämtern heraus Wahlkampf zu machen.

Insbesondere die CDU Hessen sollte diesen vorgeschobenen Vorwand nicht zu laut äußern. Sowohl Walter Wallmann (CDU) war Bundesumweltminister, als er für die hessische CDU für das Amt des hessischen Ministerpräsidenten kandidierte, als auch Manfred Kanther (CDU), der 1995 als Kandidat für dasselbe Amt antrat und ebenfalls zeitgleich aktiver Bundesinnenminister war. Boris Rhein als Ministerpräsident von Hessen bewirbt sich im Wahlkampf wieder für das Amt.

#HessensHerz





Baumpflanzung in Lichtenfels

In der letzten Januarwoche fuhr die Bundestagsabgeordnete Esther Dilcher nach Lichtenfels, um das Projekt des Bürgerwalds zu besichtigen und zehn klimaverträgliche Bäume zu pflanzen. Zusammen mit dem Bürgermeister Henning Scheele, Christoph Rullmann und anderen Vertretern der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald sowie Förstern und Forstwirten konnte so ein tieferer und spezifischer Einblick in die Situation nordhessischer Wälder gewonnen werden. Die größte Herausforderungen für unsere Wälder ist - neben Borkenkäfern und Stürmen - immer noch vor allem die durch den Klimawandel verstärkte Trockenheit. Die traditionelle Bepflanzung mit Fichten macht daher einen immer geringeren Anteil des Baumbestands aus, eine Aufforstung mit trockenheitsresistenten Bäumen ist laut den anwesenden Experten in vielen Wäldern dringend nötig. Aller Anwesenden sind sich einig: Der Wald ist nicht das Problem beim Klimawandel, sondern die Lösung!



„Wirtschaft und Finanzen in unserem Land: Finanzminister Christian Lindner beim Seeheimer Mittagstisch. Für mich als Haushälterin sehr spannend, was bei angespannter Haushaltslage demnächst noch möglich sein wird!“



Oliver Ulloth mit 100 % für den Landtagswahlkreis Kassel-Land I nominiert.

mit dabei Ersatzkandidatin Annalena Karger



Treffen mit den
ASEAN-Botschafter:innen

V.i.S.d.P.: **Esther Dilcher, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin



esther.dilcher@bundestag.de



030-227-75113



www.estherdilcher.de



@esther.dilcher



@estherdilcher